



**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 18. Dezember 2017**
im Walter-Baumgärtner-Saal im Bürgerhaus Backnang

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

84 Kreisrätinnen und Kreisräte:

Entschuldigt: Metzger (CDU)
Sailer (Freie Wähler)
Halder (B90/Grüne)
Meißner (FDP-FW)

Ferner:

Erster Landesbeamter Kretzschmar
Dezernent und Kreiskämmerer Geißler
Verkehrsdezernent Dr. Zaar

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:00 Uhr

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

a) Ausscheiden von Kreisrat Martin Kaufmann und Nachrücken von Frau Gisind Gruber-Seibold sowie Änderung in der Besetzung der Gremien
Drucksache 2017/127

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig die Ziffern 1 bis 2 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

1. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Martin Kaufmann gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Frau Gisind Gruber-Seibold keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.

Landrat Dr. Sigel verabschiedet Herrn Kaufmann, der aufgrund seiner Wahl zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Leonberg, aus dem Kreistag ausscheidet. Er bedankt sich bei Herrn Kaufmann für die gute Zusammenarbeit und dessen Engagement im Kreistag und als Fraktionsvorsitzender.

Landrat Dr. Sigel heißt Frau Gisind Gruber-Seibold als Nachrückerin im Kreistag willkommen und verpflichtet diese durch Handschlag:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag en bloc einstimmig die Ziffern 3 bis 9:

3. Kreisrat Klaus Riedel wird zum 2. stellv. Vorsitzenden des Kreistages als Nachfolger von Kreisrat Martin Kaufmann gewählt.
4. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
5. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
6. Der Jugendhilfeausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
7. Der Kreistag bestellt Kreisrat Klaus Riedel als ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen, als Nachfolger von Kreisrat Martin Kaufmann.
8. Der Kreistag wählt Kreisrat Hans-Peter Krause als stellv. Mitglied in den Verwaltungsrat der AWRM AöR, als Nachfolger von Kreisrat Martin Kaufmann.
9. Der Kreistag wählt Kreisrat Klaus Riedel als stellv. Mitglied in der Gewährträgerversammlung des Württembergischen Sparkassenverbands, als Nachfolger für Kreisrat Martin Kaufmann.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

§ 2

Besetzung der Stelle Leiter/in des Dezernats 5 (Soziales, Jugend, Gesundheit und Bildung)

Drucksache 2017/209/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Die Bewerber für die Leitung des Dezernats 5 stellen sich dem Kreistag vor.

Für die Zählkommission werden die Kreisräte/innen Wittner (CDU), Möhrle (SPD), Ulrich (Freie Wähler), Brodersen (GRÜNE) und Lenk (FDP-FW) benannt.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	84
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel:	84

Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf

Gunnar Schwab	32
Antonia Wieland	38

Stimmzettel ohne Stimmabgaben:	14
--------------------------------	----

Damit konnte keiner der Bewerber die Stimmenmehrheit erreichen. Es erfolgt ein 2. Wahlgang.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen, um eine Beratung der Fraktionen zu ermöglichen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Die geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	84
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel:	84

Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf

Gunnar Schwab	36
Antonia Wieland	41
Stimmzettel ohne Stimmabgaben:	7

Mit der Wahl beschließt der Kreistag:

Die Bewerberin Antonia Wieland wird zur Leiterin des Dezernats 5 (Soziales, Jugend, Gesundheit und Bildung) gewählt.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

§ 3

Besetzung der Stelle Leiter/in des Amtes für Finanzen

Drucksachen 2017/209 und 2017/209/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Frau Kugler stellt sich für die Leitung des Amtes für Finanzen dem Kreistag vor.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	84
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel:	84

Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf

Angelika Kugler	81
Stimmzettel ohne Stimmabgaben:	3

Mit der Wahl beschließt der Kreistag:

Frau Angelika Kugler wird zur Leiterin des Amtes für Finanzen gewählt.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

§ 4

Allgemeine Vorschrift zur Verteilung von Ausgleichsleistungen für rabattierte Ausbildungstarife nach § 45a PBefG
Drucksachen 201/151 und 2017/151/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die Drucksache 2017/151/1 und betont, dass die Allgemeine Vorschrift über Ausgleichsleistungen für rabattierte Ausbildungstarife haushaltsrelevant sei und deshalb bereits im Vorfeld beschlossen werden müsse sollte. Mit der Verabschiedung werde der ÖPNV in der Region Stuttgart nun auch europarechtskonform aufgestellt sein. Herr Dr. Zaar fasst den Inhalt der Satzung für alle Beteiligten nochmals zusammen und erklärt, dass es um die sogenannten 45a-Mittel - staatliche Ausgleichsmittel, die den Busunternehmen zur Verfügung gestellt werden, da sie dazu verpflichtet sind, Schülertickets um ca. 25% vergünstigt anzubieten, gehe. Künftig würden die Ausgleichsleistungen nicht mehr pauschaliert an die Busunternehmen ausgezahlt, sondern spitz abgerechnet. Zudem werden durch die neue AV die Ausgleichsmittel wettbewerbsneutral an alle Anbieter ausgezahlt. Herr Dr. Zaar weist darauf hin, dass diese Allgemeine Vorschrift in allen Verbundlandkreisen gleich beschlossen werden solle. Zielsetzung sei es daher, die AV am 01.01.2018 in Kraft zu setzen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Der Kreistag stimmt dem Erlass der Allgemeinen Vorschrift des Rems-Murr-Kreises über Ausgleichsleistungen für die rabattierte Beförderung im Ausbildungsverkehr in der Verbundstufe II des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart gemäß Anlage 1 zu.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

§ 5

Verabschiedung des Haushalts 2018

Drucksache 2017/106

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/106 und legt einleitend dar:

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

erlauben Sie mir kurz Bilanz zu ziehen, bevor Sie als Fraktionen zum Kreishaushalt 2018 abschließend Stellung nehmen und wir in die finale Diskussionsrunde zu unserem Haushalt einsteigen.

Zunächst darf ich mich recht herzlich für die guten, konstruktiven und vertrauensvollen Haushaltsberatungen bedanken. Ich darf, glaube ich schon nochmal sagen, dass wir auch Einiges erreicht haben. Ein großes Ziel in den letzten Jahren, die rote Laterne bei der Höhe der Kreisumlage, haben wir abgeben. Zumindest ein Landkreis und möglicherweise auch andere werden eine höhere Kreisumlage beschließen müssen, als wir es in diesem Jahr tun, losgelöst von den Anträgen; die von Ihnen noch vorliegen. Wir haben aus meiner Sicht, so waren wir auch angetreten und von den Wünschen der Kommunen gehört, ein weiteres Ziel erreicht, nämlich, dass wir diese 50:50-Regelung von Anfang an ins Visier genommen haben. Die gestiegene Steuerkraft gerecht aufzuteilen zwischen Städte und Gemeinden - 50:50, war mal der Wunsch und der Vorschlag der Städte und Gemeinden - die Steuerkraft hat es sogar ermöglicht, dass wir von Seiten der Verwaltung Ihnen jetzt ein 1/3 zu 2/3 Aufteilung vorgeschlagen haben. Ich weiß, es ist für viele Kommunen immer noch ein ordentliches Sümmchen, aber immerhin 10 Städte und Gemeinden zahlen in diesem Jahr sogar weniger Kreisumlage als im Vorjahr. Und, das ist vielleicht das allerwichtigste, auch das losgelöst, wie wir es beschlossen haben, wir haben auch einiges an Investitionen auf den Weg gebracht. Die 3 Investitionsprogramme oder –pakete, haben zumindest schon mal die Ausschüsse passiert und ich bin zuversichtlich, dass wir jetzt auch hier in den Beratungen für den Straßen- und Radwegebau, für den sozialen Wohnungsbau und auch für den Breitbandausbau die Investitionen nicht mehr stoppen. Ich glaube, diese Investitionen, die wir hier setzen, sind sehr, sehr wichtig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises weil wir hier natürlich Millionenbeiträge in die Zukunft

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

investieren. Weil eines ist klar: sollte die Steuerkraft sinken, werden die Soziallasten, die wir als Landkreis tragen müssen, nicht im gleichen Maße sinken. Dann sieht es mit den Gestaltungsspielräumen natürlich ganz anders aus.

Ich räume auch gerne ein, dass ich mich über die sprudelnden Steuereinnahmen freue, dass ich sie fast wie ein Geschenk empfinde. Gleiches gilt auch für die guten Abschlüsse, die wir haben, mit denen wir unsere Schulden reduzieren und auch reduzieren konnten. Ich werde allerdings auch nicht müde zu betonen, dass wir auch in der Verwaltung unsere Hausaufgaben machen und unseren Beitrag leisten. Sei es im Bereich des BAföG oder im Bereich der Sanierung des Schullandheims Mönchhof oder aktuell auch an unser Investitionsprogramm Straßen, um Transparenz zu schaffen und auch wirklich da Beträge möglich zu machen.

Vor diesem Hintergrund finde ich es ein bisschen schade, Herr Dr. Nopper, dass wir immer noch diese Diskussion haben, um das Backnanger Krankenhaus. Ich habe größtes Verständnis, dass ein Verlust eines Krankenhauses schmerzt, aber dass natürlich dann 'Phantomschmerzen' zu 'Phantomdiskussionen' führen, ist vielleicht der falsche Weg. Denn wir haben uns gemeinsam, auch in diesem Jahr ein ganzes Stück weiter in Richtung Zukunft aufgemacht. Wir sind auf einem Weg und haben einen klaren Fahrplan und auch ein Ziel definiert, das wir auch in der Kreisverwaltung verinnerlicht haben. Dass natürlich der Defizitausgleich, den wir heute haben, den ich ja so übernommen habe, nicht das Maß aller Dinge sein kann und dass wir in einen Korridor von 10 Millionen maximal kommen wollen. Mit unserer Geschäftsführung haben wir mit dem Medizinkonzept sogar einen Korridor von ca. 5,6 Millionen beschlossen und ich sage auch eines: Schon allein aus einem Grund habe ich da natürlich ein Interesse daran, dass wir diesen Korridor gemeinsam mit den Kliniken auch erreichen. Und, dass wir in Zukunft, auch in schwierigen Zeiten, genauso konstruktiv und sachlich Themen, Inhalte diskutieren können und auch auf den Weg bringen was unser Kreis braucht und was für ihn wichtig ist.

Das war mir nochmal wichtig, das vor die Klammer zu stellen und ich darf dann um die Redebeiträge der Fraktionen bitten.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

Soweit es noch Anträge gibt, da hatte ihre Fraktion, Frau Brodersen signalisiert, würden wir es im Zuge der Aussprache behandeln und mit den vielen Beschlüssen, die wir hier zu fassen haben, mit abhandeln.“

Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Auszubildenden im Anschauungsunterricht bei Verfahren paar Excellence und jetzt noch das Sahnestückchen, die Haushaltsberatung, besser kann es heute ja nicht sein, alles gut mitzunehmen.

Am 18. Dezember 1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen. Im Dezember 2000 hat die UNO diesen Tag ausgerufen und somit ist heute der Internationale Tag der Migranten.

Gerade im Haushaltsplan 2018 des Landkreises zeigt sich auch die damit verbundene Aufgabe. Sei es, bei der Unterbringung im Rahmen der Gemeinschaftsunterkünfte bei der Erstunterbringung, oder aber auch bei der Anschlussunterbringung, die von den meisten Städten und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises auf den Landkreis im Rahmen des Pakts für Integration übertragen wurde. Der Übergang von Gemeinschaftsunterbringung in Anschlussunterbringung hat sehr gut funktioniert, dank auch des Vorschlag des Landrats in diesem Jahr 2017, hier unbürokratisch die Betreuung durch den Landkreis wahrzunehmen bzw. durch die freien Träger– dies war immerhin ein Betrag von etwas über 1 Mio. Euro. Beim Begriff der Migranten ist dies auch eine weitere gute Überleitung zur Kreisumlage: es gibt auch den Wunsch ‘Abtrünniger’ und die Drohung, des Rems-Murr-Kreis auf Grund der Kreisumlage zu verlassen. Doch unabhängig von den fast gleichen Fahnen im Hintergrund von mir, dass dies rechtlich nicht möglich ist und auch der Landtag so einem Ansinnen nie zustimmen würde, ist nur der Blick auf die Kreisumlage der zu kurze Blick.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Wir haben im Rems-Murr-Kreis mittlerweile eine sehr gute Klinikstruktur. Dies beweisen die Patientensteigerungen jedes Jahr und die guten Rückmeldungen der Patienten. Dazu gehört auch, konsequent bei Nicht-Zufriedenheit dem nachzugehen, und mit Verlaub. Bei einem guten Patientenmanagement, bei über 34.000 behandelten Patienten pro Jahr ist auch klar, dass nicht immer alle zufrieden sind und es immer wieder Optimierungspotential gibt.

Wir sehen deshalb im Hinblick auf die Finanzierung der Rems-Murr-Kliniken die Kommunikation zwischen dem Landkreis, den Städten und Gemeinden, den Krankenkassen und dem Sozialministerium in einem Pakt für die medizinische Versorgung im Rems-Murr-Kreis als immer wieder dauernder Gesprächsbedarf und als Gesprächsangebot, und dass wir dies auch immer wieder nach außen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich machen müssen. Sowohl im ärztlichen, wie auch im pflegerischen Bereich sind wir gut aufgestellt und das müssen wir auch immer wieder nach außen darstellen.

Auch unser Berufsschulwesen mit den drei Standorten und den Spezialisierungen ist gut aufgestellt und entwickelt sich immer wieder bedarfsgerecht. Wir danken auch für die Zusage zu unserem Antrag, hier die Zukunftsinvestitionen zu ermitteln die notwendig sind, um auch weiter hier in einer sich digitalisierenden Welt vorne mit dabei zu sein. Und Digitalisierung heißt nicht für uns alleine Tablets, sondern auch der Umfang und das Vorhalten von anderen Maschinen und den neuen Dingen, die es in den Betrieben gilt, zu beherrschen.

Beim Sanierungsrückstau haben wir in den letzten 10 Jahren über 30 Mio. abgebaut, damals startend wir bei rund 50 Mio Sanierungsrückstau. Ich weiß noch genau, die ersten Worte von Herrn Braune, wie er es vorgestellt hat. Übrigens, da ist nicht der Soziale Wohnungsbau dabei, den wir natürlich selbstverständlich mit unterstützen. Nun sind wir nicht blauäugig und glauben, dass damit nur noch rund 20 Mio. Sanierungsrückstau da sein müssten. Dennoch ist eine Erhebung auch im Sinne der Umsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts des Rems-Murr-Kreises notwendig. Denn es kommen auch immer wieder neue Risiken dazu, neue Aufgaben aus den Immobilien, so wie die Tiefgarage am Alten Postplatz, die z.B. bei der damaligen Erhebung des Sanierungsrückstaus noch überhaupt nicht erfasst war.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Herzlichen Dank an die anderen Fraktionen und alle Mitglieder des Kreistags und den Ausschüssen, für die guten, konstruktiven Beratungen, die auf Grund des Steueraufkommens und der Novembersteuerschätzung naturgemäß entspannt verlaufen sind.

Dennoch wollen wir auch auf die bestehenden Risiken hinweisen, insbesondere die mit der Verschuldung des Kreises verbundenen. Lassen sie uns deshalb gemeinsam weiter die Schulden reduzieren, auch mit eventuell besser ausfallenden Jahresergebnissen, so wie es die Beschlusslage des Kreises ist.

Wir sind auch zuversichtlich, dass die Kreisverwaltung mit den anvertrauten Haushaltsansätzen sparsam und wirtschaftlich wieder umgehen wird. Wir sind gut aufgestellt und tragen den von der Kreisverwaltung nach unten korrigierten Hebesatz bei der Kreisumlage von 35,4 v.H. mit und ich wünsche nun noch viel Erfolg bei den anderen Haushaltsreden.“

Kreisrat Häuser nimmt für die Fraktion der Freien Wähler wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, liebe Gäste, liebe Auszubildende,

der Haushaltsplanentwurf wurde durch den Landrat und den Kreiskämmerer in der Sitzung am 16. Oktober eingebracht und soll heute verabschiedet werden.

In diesem Zeitraum haben sich einige wesentliche finanzielle Entwicklungen ergeben, die ich jetzt bewerten möchte.

1. Die November-Steuerschätzung beschert dem Landkreis gegenüber dem Haushaltsplanentwurf weitere Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro.

Dies eröffnet dem Landkreis einen zusätzlichen Spielraum zur Senkung der Kreisumlage.

Hierauf habe ich bereits in meiner Haushaltsrede am 13. November hingewiesen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

2. Aufgrund des Antrags unserer Fraktion der 'Freie Wähler' hat sich der Umwelt- und Verkehrsausschuss (UVA) jetzt kurzfristig mit dem Thema 'Breitbandausbau' beschäftigt. Leider oder zum Glück, je nachdem wie man es betrachtet, haben wir damit den Nagel voll auf den Kopf getroffen. Zur Erinnerung: Unser Antrag sah vor, die eingeplanten Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro komplett zu streichen, weil uns die Verwaltung trotz mehrmaliger Nachfrage keinen Sachgrund für diese enorme Haushaltsposition nennen konnte. Jetzt hat sogar die Landkreisverwaltung von sich aus eine Reduzierung des Planansatzes um eine $\frac{3}{4}$ Million Euro vorgeschlagen, weil die Mittel im Jahr 2018 gar nicht benötigt werden. Damit ergibt sich ein weiterer Spielraum zur Senkung der Kreisumlage.

Um es nochmals klar zu betonen: Unsere Fraktion trägt den Breitbandausbau im Rems-Murr-Kreis komplett mit und ist jederzeit bereit, die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

3. Die Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre belegen es: Die Kreisumlage wurde in der Vergangenheit immer deutlich zu hoch festgelegt. So hat sich das ordentliche Ergebnis im Jahr 2016 um 22,1 Millionen Euro verbessert. Dies entspricht einer Kreisumlage von 4,4 Prozentpunkten. Der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung erreicht im Jahr 2016 mit über 35 Millionen Euro den höchsten mir bekannten Wert in der Geschichte des Rems-Murr-Kreises.

Auch im Jahr 2017 ergeben sich schon bis zum November Verbesserungen im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 8,3 Millionen Euro. Dies entspricht einer Kreisumlage von rund 1,5 Prozentpunkten.

Damit der Kreistag für seine zukünftigen Beratungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit den Rechnungsergebnissen und den Haushaltsplänen eine fundierte Arbeitsgrundlage hat, stelle ich heute für unsere Fraktion der 'Freien Wähler' folgenden Antrag:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

‘Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf von Finanzierungsleitlinien vorzubereiten und dem Kreistag zur Beratung vorzulegen.

Dabei ist insbesondere darzulegen, in welchem Umfang in den vergangenen 10 Jahren die Ertrags- bzw. Einzahlseite anteilig durch die Kreisumlage von den Kommunen aufgebracht wurde.’

Begründung: Die Kommunen erbringen über die Kreisumlage einen Teil an den Erträgen der Ergebnisrechnung des Kreishaushalts.

Deshalb sind die Ergebnisverbesserungen des Jahresabschlusses anteilig in die Berechnung der Kreisumlage für die Folgejahre einzubeziehen.

Übrigens:

Andere Landkreise und deren Kreistagsfraktionen sind da gedanklich und inhaltlich schon weiter als wir.

Im Landkreis Esslingen hat sich der Kreistag bereits mit dem Thema auseinandergesetzt und zwar aufgrund eines gemeinsamen Antrags von 3 Fraktionen; nämlich der Freien Wähler, der FDP und, notabene, der SPD.

Soviel hierzu.

In Anbetracht der dargestellten Verbesserungen halten wir entsprechend unseres Antrags die Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt auf 34,6 Prozent für mehr als vertretbar.

Und trotzdem werden wir dann bereits beim Finanzzwischenbericht im Oktober 2018 von der Verwaltung mitgeteilt bekommen, dass sich überraschenderweise die finanzielle Situation jetzt doch ausnahmsweise um X Millionen Euro verbessert hat.

Im Juli 2019 wird die Verwaltung berichten, dass sich ausnahmsweise weitere Verbesserungen in Höhe von X Millionen Euro ergeben haben.

Schließlich mit dem Rechnungsabschluss im Dezember 2019 ergeben sich aufgrund einer besonderen Situation, die natürlich nur das Haushaltsjahr 2018 betrifft, weitere Verbesserungen in Höhe von X Millionen Euro.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Pech für die Kommunen, dass sie die Kreisumlage entsprechend den Haushaltsplanwerten für das Jahr 2018 bereits an die Kreiskasse überweisen mussten und an der Ergebnisverbesserung nicht partizipieren, obwohl sie hierzu auch ihren Beitrag geleistet haben.

Wir bitten deshalb alle Fraktionen, unseren Antrag zur Erarbeitung von Finanzierungsleitlinien zu unterstützen.

Gerade in den nächsten Jahren wird es wichtig sein, dem Kreis die Mittel zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu stellen, die er braucht und zum anderen die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu beachten.

Dies ist und bleibt die originäre Aufgabe von uns Kreisrätinnen und Kreisräten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
für die hervorragende Zusammenarbeit und das große Engagement möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung ganz herzlich bedanken.

Mein Dank gilt auch Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für das gute Miteinander über alle Fraktionen hinweg.“

Kreisrat Riedel legt für die SPD-Fraktion dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Sigel, Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, meine Damen und Herren von der Presse, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kolleginnen und Kollegen,

beschäftigt man sich mit den Eckdaten des Haushaltsentwurfs für 2018, so muss man zweifellos einen Blick weg von der alljährlichen und wenig zielführenden Diskussion um die Kreisumlage auf die Leistungen werfen, die Bund und Land der kommunalen Ebene zugewiesen haben. Schaut man dann genau hin und sucht nach den Zuschüssen und Fördergeldern für diese Aufgabenerfüllung auf

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

kommunaler Ebene, so erkennt man rasch, dass einiges aus dem Lot geraten ist. Vier Beispiele möchte ich ansprechen.

1. Einerseits wird die Digitalisierung der Schulen gefordert, aber der Förderzufluss stagniert.
2. Der kommunale Investitionsfond wird gekürzt, was vor allem unsere Krankenhäuser spüren. Die Förderquote sinkt von 55% in 2016 auf 45% in 2017. Gleichzeitig können immer mehr - fast die Hälfte - der Krankenhäuser in Baden-Württemberg ihre Eigenmittel nicht mehr aufbringen.
3. Längst werden nicht alle Kosten, die durch das Bundesteilhabegesetz entstehen, ausgeglichen. Das Konnexitätsprinzip wird schlicht missachtet. Ähnlich verhält es sich bei den Folgen des Unterhaltsvorschussgesetzes.
4. Die Vorwegentnahme beim kommunalen Finanzausgleich - immerhin ein Plus von 250 Millionen - muss uns hellhörig machen. Die gelb-schwarze Landesregierung ist keineswegs kommunalfreundlich. Das muss hier einmal deutlich gesagt werden. Damit gefährdet sie das Fundament unseres sozialen und demokratischen Gemeinwesens. Die Reihe der kommunalen Benachteiligten ließe sich fortsetzen. Egal, ob grün-schwarze Landesregierung oder schwarz-rote Bundesregierung, sie müssen von uns in die Pflicht genommen werden. Darüber zu diskutieren würde sich mehr lohnen als das Feilschen um 0,1 bis 0,5 Prozentpunkte hin oder her bei der Kreisumlage.

Unisono erklären Gemeinde-, Landkreis- und Städtetag – alle für Baden-Württemberg – ich zitiere: 'Kommunale Interessen bleiben im Haushaltsentwurf (des Landes) nun nahezu unberücksichtigt. Das wird den Herausforderungen, vor denen Städte, Gemeinden und Landkreise stehen, nicht gerecht', das sagen Städte-/Gemeindetag und Landkreistag. Ich habe zitiert. Die Repräsentanten dieser Tage.

Wir wollen eine Diskussion über die Ziele unseres Landkreises. Wohin wollen wir unseren Landkreis entwickeln? Diese Frage stellt sich für uns Sozialdemokraten.

Fünf Themenfelder möchte ich heute benennen:

1. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Hier kann man mit der Kreisbaugesellschaft und mit ihrem Know-how im Zusammenspiel mit den Kommunen Vorbildliches leisten.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Doch da kommt der Ruf, dass man mehr Mittel gar nicht verarbeiten könnte, weil die personellen Kapazitäten nicht ausreichen. Darüber wollen wir mit allen Verantwortlichen ernsthaft diskutieren, denn dies kann und darf nicht wahr sein.

2. Wir wollen die Energiewende auch in unserem Landkreis zusammen mit allen Menschen, auch mit einer Wirtschaft, die sich zu umweltschonenden Investitionen bekennt, erreichen. Deshalb wollen wir alle Möglichkeiten zur Erzeugung von alternativen Energien fördern und voranbringen. Dazu gehört auch die Energiequelle der 'Windkraftanlagen'.

3. Wir wollen eine Veränderung in der Produktion unserer Nahrungsmittel. Wir wollen den Rems-Murr-Kreis nicht nur frei von genmanipulierten Nahrungsmitteln machen, sondern wir wollen den Verzicht auf Glyphosat und anderer Pestizide in der Landwirtschaft, im Gartenbau und auch bei der Bekämpfung von Unkraut an Schiene und Straßen. Der Rückgang der Artenvielfalt, das Aussterben der Bienen und anderer Insekten sind ein Alarmzeichen. Sie, Herr Dr. Sigel und Sie, Herr Kretzschmar könnten hier Pionierarbeit im Landkreis leisten.

4. Wir wollen die Verkehrswende in unserem Kreis. Im ländlichen Raum wollen wir den Ausbau der Bussysteme vor allem in den Hauptverkehrszeiten hin zu öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Dienstleistungen und zu den Gewerbe- und Industriezentren. Dazu braucht es dann dichte Taktzeiten und mehr Direktlinien auch und gerade hin zu den S-Bahn-Haltepunkten. In den verkehrsarmen Zeiten müssen wir alternative Mobilitätskonzepte entwickeln. Neben den Einzelmaßnahmen wie Jobtickets und Sozialtickets wollen wir eine durchdachte und schlüssige Gesamtkonzeption für die Verkehrswende.

5. Seit 2015 haben Kommunen und Kreis eine großartige Leistung zusammen mit einer engagierten Bevölkerung bei der Aufnahme von tausenden Flüchtlingen erbracht. Doch längst sind nicht alle Probleme gelöst. Hier gilt es, genau hinzuschauen, wie Integration im Alltag in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern ohne Ängste und ohne Sicherheitslücken gestaltet werden kann.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

Meine Damen und Herren, wir können heute diese Punkte nicht vertiefen, aber wir werden in den Ausschussberatungen des kommenden Jahres dies leisten müssen. Es geht um nicht weniger als um die Sicherung und Gestaltung der Lebensgrundlagen für Jung und Alt im Rems-Murr-Kreis.

Die SPD-Fraktion wird dem erarbeiteten Haushaltsentwurf für 2018 und der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlage zustimmen.

Ich darf mich für meine Fraktion ganz herzlich für die Zusammenarbeit mit Verwaltung und Kreistag, allen Mitgliedern und hier bedanken. Ich glaube, wir haben eine gute und zielorientierte Zusammenarbeit gepflegt. Natürlich gibt es ab und zu mal Unterschiede in den Meinungen. Diese tragen wir dann aus. Unsere Kompromissfähigkeit ist unendlich, kann ich Ihnen sagen, wenn auch Ihre dazu beiträgt, zielführende Beschlüsse auch im kommenden Jahr zusammen zu leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrätin Sturm erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrte Anwesende,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,

bei Ihrem Amtsantritt hatten Sie deutlich gemacht, dass Sie mit wenig voranbringenden Ritualen brechen wollen - und wir Grünen haben uns gerne in den frischen Wind gestellt. Besonders gefreut haben wir uns unter anderem über ihre Ankündigung, dem unseligen jährlichen Gefeilsche um die Kreisumlage ein Ende zu machen. Nicht nur wir haben begrüßt, dass Sie mit großer Transparenz und Klarheit zu einem neuen Verfahren gekommen sind.

Doch leider droht nun schon beim dritten Haushalt der Rückfall in die abgestandene Luft aus alten Zeiten. Am 13. November haben Sie eine Senkung der Kreisumlage um einen vollen Prozentpunkt auf 35,6 vorgeschlagen. Dies, obwohl neue Belastungen hinzukamen, etwa beim Unterhaltsvorschuss und beim Integrationsmanagement inklusive der Sozialarbeit.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

Wie üblich gab es seitdem einige Änderungen. Im Saldo eine Verbesserung um 355.000 Euro. Dies ist aus unserer Sicht kein Betrag, der eine Verringerung des von der Verwaltung genannten Kreisumlagesatzes um 0,2 Prozentpunkte rechtfertigt.

Wir halten dies aus 3 Gründen nicht für gerechtfertigt:

1. Im Sozialhaushalt stecken weiterhin erhebliche Risiken, genannt seien hier nur die Zusatzbelastungen aus dem Bundesteilhabegesetz oder dem Pflegestärkungsgesetz sowie die Unsicherheiten bei der Spitzabrechnung der Unterbringungskosten für Flüchtlinge. Und wer weiß heute, welche künftige Bundesregierung in welchen Vertrag welche Beschlüsse hineinschreibt?

2. Die Verschuldung des Rems-Murr-Kreises befindet sich immer noch im Spitzenfeld in Baden-Württemberg. Unser aller Ziel sollte daher ein zügiger Schuldenabbau sein, und zwar solange die Steuern noch sprudeln. Im Gegensatz zu meinem Vorredner, weiß ich jetzt och nicht, ob das nächstes Jahr auch der Fall sein wird. Langfristig gedacht, ist auch das zum Wohle der Kommunen und zur Senkung der Kreisumlage.

3. Die neue Kultur bei der Ermittlung und Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes wäre es selbst bei einem Nachgeben von 0,2%-Punkte schon nach 2 Jahren am Ende. Das finden wir sehr schade. Wir würden gerne sehen, dass die Initiative unseres neuen Landrates dauerhaft beibehalten wird und wir alle unsere Energien auf Sachthemen umlenken können.

Wir beantragen hiermit die Beibehaltung des vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatzes von 35,6% und damit die Reduzierung der Nettokreditaufnahme.

Gut ausgebildete Menschen sind die beste Basis für den wirtschaftlichen Erfolg des Rems-Murr-Kreises. Unsere Kreisberufsschulen leisten hier sehr gute Arbeit. Die Bildungsangebote insgesamt sind zukunftsweisend und immer am Puls der Zeit. So baut die Gewerbliche Schule Backnang im Rahmen eines Erasmus-Projektes das neue Profil Elektromobilität auf. Fachkräfte werden in diesem Bereich dringend gesucht.

Viele Experten sind sich einig, dass der E-Mobilität bei der Luftschadstoffminderung eine wichtige Rolle zukommt. Das Auto der Zukunft fährt leise und tatsächlich emissionsarm. Mit neuen Mobil-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

tätskonzepten werden langfristig auch weniger Fahrzeuge auf der Straße sein. Bei aller Freiheit, die die individualisierte Mobilität ermöglicht, auch ich fahre gerne Auto, kann eine gesunde Zukunft für Mensch und Tier, für Klima und Natur nur darin liegen, dass mehr Wege mit dem ÖPNV, zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Im Hinblick auf den Klimawandel müssen wir das Bewusstsein und die Infrastruktur hierfür schneller verbessern. In diesem Sinne wollen wir unseren Antrag auf ein Gesamtkonzept verstanden wissen – Sie haben es ausgeteilt bekommen. Es ist in unseren Augen kein Widerspruch zur Stellungnahme der Verwaltung, die es ablehnt, sondern eine Weiterentwicklung. Die Gesamtkonzeption, Her Riedel, forderten Sie auch vorhin.

Leider ist der Ausbau regenerativer Energieerzeugung im Rems-Murr-Kreis ins Stocken geraten. Dabei vollzieht sich zurzeit in der Wirtschaft ein weiterer rasanter Wandel, durch den der Stromverbrauch weiter steigen wird. Die Herausforderungen, die von Industrie 4.0 ausgehen, beinhalten Chancen, aber auch Risiken. Die Chancen von Digitalisierung und Automatisierung sind: Wir gewinnen neue Freiräume. Viele Menschen arbeiten mittlerweile unabhängig von Raum und Zeit. Das hilft, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und erspart den Menschen auch Wege.

Auch in der Verwaltung ist vieles im Wandel, auch hierzu zwei Anträge. Wir stimmen drei Stellen zu, die die Verwaltung aus dem KW-Vermerk nehmen möchte – Raumplanung, Personalarbeit und Brandschutz. Die restlichen 11 KW-Stellen müssen aber den Vermerk beibehalten – sie waren seinerzeit einzig und allein mit dem hohen Zuzug von geflüchteten Menschen begründet. Einer Anhebung der Stelle Leitung Dezernat 4 können wir nicht zustimmen. Das Dezernat 4 wird laut Organigramm vom Ersten Landesbeamten geleitet. Sollten sich im Laufe des Jahres 2018 Veränderungen in der Organisation ergeben, kann dies neu überdacht werden.

Damit auch bei diesem Wandel die Chancen stärker zu Buche schlagen als die Risiken sind wir als Verwaltung und Politik aufgerufen, auch im neuen Jahr entschieden zu handeln und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Selbstverständlich auch von uns ein Danke dafür, da dies bisher auch der Fall war.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

Kreisrat Lenk legt für die FDP-FW-Fraktion dar:

„Sehr geehrter, lieber Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörer,

nach der Vorberatung der Anträge in den Ausschüssen geht es heute darum, die Höhe des Kreisumlage-Hebesatzes festzusetzen und den Haushaltsplan zu verabschieden.

Zunächst bedanken wir uns, dass unsere Anträge aufgegriffen worden sind und -soweit noch nicht beantwortet- in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen wurden.

Lassen Sie mich deshalb nur noch einige wenige Punkte ansprechen:

- Bedanken möchten wir uns ausdrücklich für die Zusage der Verwaltung, dem Abbau des Sanierungsrückstaus in 2018 einen großen Stellenwert einzuräumen und ihn in den Jahren 2018 und 2019 konzentriert und in größeren zusammenhängende Maßnahmen umsetzen, ohne dass aus finanziellen Gründen Bauabschnitte gebildet werden müssen'. (wie es wörtlich in der SN zu unserem Antrag wörtlich heißt)
- Was unsere Kreiskliniken betrifft unterstützen wir den eingeschlagenen Konsolidierungskurs. Wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, dass die Rems-Murr-Kliniken inzwischen weit über unsere Kreisgrenzen hinaus für ihre hohe medizinische Kompetenz bekannt sind. Aktuelles Beispiel ist die im Dezember ergangene Zertifizierung als Krebszentrum. Das Winnender Krankenhaus ist nun auch als Prostata- und Pankreaskrebszentrum zertifiziert worden. Dies bestätigt, dass man bei der Diagnostik und Therapie von Krebspatienten auf dem Niveau einer Universitätsklinik arbeitet. Insofern sind wir optimistisch, dass sich auch weitere wirtschaftliche Verbesserungen einstellen in Richtung der von Ihnen, Herr Landrat, vorher genannten Größenordnung.
- Ebenso hartnäckig müssen wir am besten im Verbund mit dem Landkreis- und Städtetag beim Land darauf drängen, dass uns und den Kommunen die im Zusammenhang mit der Flücht-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

lingsunterbringung (sowohl hinsichtlich der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften als auch in Bezug auf die Anschlussunterbringung) entstandenen und noch entstehenden Kosten im Verhältnis 1:1 ersetzt werden. Gleiches gilt für das Pochen auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gegenüber Bund und Land.

- Dankbar sind wir für die geplanten Maßnahmen bei den Straßensanierungen und beim Ausbau unserer Fahrradwege in Abstimmung mit den Nachbarkreisen und der Region.
- Nach dem Bericht in der Stuttgarter Zeitung zum Thema Glasfaser-Breitbandanschluss Anfang Dezember ist festzustellen, dass der Rems-Murr-Kreis in der Region Stuttgart zu den Landkreisen gehört, wo noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Eine zu diesem Thema von unserer Fellbacher Gemeinderatsfraktion durchgeführte Veranstaltung mit Vertretern der Industrievereinigung Fellbach hat zudem ergeben, dass die Probleme und Defizite nicht nur im 'ländlichen Raum', sondern zumindest partiell auch in den Großen Kreisstädten am Rande der Landeshauptstadt liegen. Der Landkreis hat sich an der regionsweiten Backbonestudie beteiligt. Nun gilt es, dass wir diese in Abstimmung mit den Kommunen in ein Gesamtkonzept einbringen und auch die Landesförderung für das gesamte Kreisgebiet erhalten. Herzlichen Dank an unseren Landrat, der diesbezüglich unseren Innenminister angeschrieben hat.

Beim Kreisumlage-Hebesatz bedanken wir uns bei der Verwaltung, für den Vorschlag, die mittlerweile insbesondere durch die November-Steuerschätzung eingetretenen Verbesserungen zum Anlass zu nehmen, den Hebesatz auf 35,4 %-Punkte zu senken.

Trotzdem möchte unsere FDP/ Freie Wähler-Fraktion an ihrem Antrag festhalten, den Hebesatz auf 35,0 %-Punkte zu senken, weil unseres Erachtens gute Gründe dafür sprechen:

- Zunächst wiegen für uns schwer in diesem Zusammenhang für uns die gravierenden Herausforderungen, die auf unsere Kreiskommunen z.B. bei der Anschlussunterbringung, dem Ausbau der Kinderbetreuung (Stichwort: Betreuungsanspruch bis zum Ende der Grundschulzeit), dem Ausbau der Glasfasernetze oder bei der Sanierung der in die Jahre gekommenen Infrastruktur wie Schulen und anderer öffentlicher Gebäude zukommen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

- Auch unser deutlich geringer ausfallender Schuldenstand als mal erwartet und vor allem aber legen die sehr guten Jahresschlussrechnungsergebnisse des Rems-Murr-Kreises in den letzten Jahre mit Überschüssen in zum Teil zweistelliger Millionenhöhe, legen nahe, dass mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auch der Haushaltsplan 2018 diesen Spielraum hergibt.
- Und das, meine Damen und Herren, trotz der Risiken, die wir gar nicht verkennen, aber von diesen Risiken haben wir in all den Jahren gehört und in all den Jahren waren sie beherrschbar. Auch wenn damit bei den Kommunen in diesem Haushaltsjahr mehr als drei Viertel des Steuerkraftsummenzuwachses belassen werden, erscheint uns dies in diesem Jahr im Interesse einer ausgewogenen Balance zwischen den Kreisfinanzen und denen unserer Städte und Kommunen für gerechtfertigt. Deshalb bitten wir Sie um Unterstützung unseres Antrags.

Abschließend möchte ich nochmals unserem Landrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rems-Murr-Kreis danken, die zu dieser insgesamt guten Entwicklung der Kreisfinanzen beigetragen haben, die uns erstmals wieder gewisse Gestaltungsspielräume, z. B. Straßen- und Wohnungsbau oder beim Klimaschutz ermöglichen, die unser Fraktion hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lässt.“

Kreisrat Throm führt die Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen, wir, die Kreisräte der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige, haben nunmehr zum vierten Mal die Möglichkeit, über einen Kreishaushalt mitzuentcheiden.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2018 unterscheidet sich in mancher Hinsicht von seinen Vorgängern

– durchaus im positiven Sinne.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

Nach der Steigerung der Personalaufwendungen um sage und schreibe ein Viertel innerhalb von drei Jahren ist jetzt immerhin eine Stagnation vorgesehen. Wir hätten uns mehr Ehrgeiz gewünscht, und das haben wir mit Änderungsanträgen zum Ausdruck gebracht. Auf die Rendite aus den zusätzlichen Personalaufwendungen warten wir noch.

Ein wichtiges Anliegen ist für uns von jeher der Erhalt der Kreisstraßen. Hier können wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die Verwaltung unsere Straßen nicht weiter auf Verschleiß fahren lassen will, sondern nun bereit ist, die zu ihrer Erhaltung nötigen Mittel bereitzustellen.

So bedeutsam der Breitbandausbau ist, haben wir vor nicht zielgerichtetem Aktionismus gewarnt. Die Verschiebung der vorgesehenen Mittel ins Folgejahr ist im Sinne unseres Antrags.

Erhebliche Haushaltsrisiken bleiben bestehen. Zu den über 9 Millionen Euro Flüchtlingskosten, auf denen uns das Land sicher sitzen lässt, kommen Abermillionen an Forderungen seit 2016 hinzu, deren Erfüllung seitens des Landes zweifelhaft ist. Notfalls muss hier der Klageweg beschritten werden.

Eine Senkung der Kreisumlage unter den von der Verwaltung vorgesehenen Hebesatz von 35,4 Prozent erachten wir angesichts der Finanzlage für unangebracht. Zwar steigt die Verschuldung des Kreises hoffentlich nicht an, doch trübt sich das Bild ein, wenn man die Verbindlichkeiten der kreiseigenen Gesellschaften mitberücksichtigt. Hier wachsen die Schulden, z. B. bei der Kreisbau, wo das Gesellschafter-Darlehen zur Hebelung, d. h. zur Absicherung weiterer Darlehen verwendet wird, für welche der Kreis gegebenenfalls einstehen müsste –a auch wenn man hier von sogenannten rentierlichen Schulden spricht.

Noch hängen uns die Folgen des überteuerten Baus des Kreiskrankenhauses Winnenden wie ein Mühlstein um den Hals, da werden mittel- und langfristig neue große Bauvorhaben an Verwaltungsgebäuden angebahnt. Darauf blicken wir mit großer Sorge.

Für das kommende Jahr aber können wir trotz unseren erheblichen Bedenken erstmals einer Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises zustimmen.

Danke sehr.“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

Kreisrat Kober erklärt für Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP zur Verabschiedung des Haushalts 2017:

„Lieber Herr Landrat und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,
liebe Damen und Herren Kreisräte,
liebe Gäste,

die ablehnende Haltung der Mehrheit der Kreisräte gegenüber sozialen und ökologischen Verbesserungen bedauern wir zutiefst.

Im ÖPNV wurde - über Jahre hinweg - politisch viel zu wenig getan. Das was alternative Verkehrsclubs und S-21-Gegner immer vorschlugen war für die meisten uninteressant und was sie kritisierten tritt nun ein: Chaos im S-Bahnverkehr, Kostenexplosionen bei S21 mit den Folgen, dass der ÖPNV kannibalisiert wird und die Zeche letztlich alle Verkehrsteilnehmer bezahlen müssen. Wenn die Tarife im ÖPNV nicht deutlich gesenkt werden und alle Bedürftigen eine Bezuschussung erhalten - was Sie verehrte Kolleginnen und Kollegen bisher mehrheitlich beides ablehnen - werden wir unsere Wünsche nach Chancengleichheit, nach Entlastung des Individualverkehrs und die Erreichung unserer Klimaziele nicht verwirklichen.

Auch müssen wir feststellen, dass Themen wie Baubiologie, Biologische Landwirtschaft oder gar 'Schutz vor toxischer Strahlenbelastung' für die meisten von Ihnen zumindest unangenehm sind, eher jedoch auf Ablehnung stoßen.

Uns allen liegt es am Herzen, dass die kreiseigenen Schulen gut ausgestattet sind. Die Abwanderung von Schülern zu privaten Schulen liegt jedoch nicht nur an der Ausstattung, sondern ist auch am Schulsystem selbst begründet. Individualität und Chancengleichheit sollten hier nicht unterschätzt werden.

Wir sind auch der Meinung, dass man durchaus eine moderate jährliche Gewinnabführung der Kreisparkasse zur Minderung des anfallenden Defizits der Rems-Murr-Kliniken heranziehen könnte. Am Feilschen um die Höhe der Kreisumlage werden wir uns nicht beteiligen. Wir trauen der Verwaltung zu, die Interessen der kommunalen Familie fair zu vertreten. Außerdem dient auch 'unser' Geld der Allgemeinheit des Rems-Murr-Kreises!

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

Aber aus den genannten Gründen fehlen uns Ansätze für eine unverzichtbare stärkere Umsetzung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Belange. Wir können darum dem Haushalt 2018 nicht zustimmen!

Ihnen allen, schöne und impulsreiche Weihnachtstage und einen gelungenen Übergang ins Jahr 2018.“

Der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt:

Konzept zur Verbesserung des Modal Split zu Gunsten klimafreundlicher Mobilität

Als Baustein des Klimaschutzkonzepts lässt der Rems-Murr-Kreis ein Szenario erstellen, wie man mehr Menschen dazu bringen kann, den ÖPNV zu nutzen oder aufs (E-) Rad umzusteigen.

Zur Zusammenstellung und Bewertung aller

- hier vorhandenen Ansätze (Fahrrad to go, Tourismusbusse, Flinc, Bürgerbus, 4 E-Bike-Stationen etc.),
- best practical-Beispiele aus anderen Gegenden Europas (Werbemaßnahmen, Tarife, Mobilitätsdrehpunkte, Komforthöhung, Verkehrsberuhigung etc.)
- und eine Priorisierung der schnell realisierbaren Radschnellwege

kann externe Hilfe beauftragt werden.

Ziel ist die Vorstellung der Ergebnisse im UVA im Juli 2018, bereits im UVA im April 2018 soll über den aktuellen Stand informiert werden.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

1. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 1,17 Mio. Euro für Straßenbaumaßnahmen und zum Radwegbau (bei den Aufträgen I54209991 und I54209981) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über die Rückzahlung in 2017 des Verbands Region Stuttgart.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

2. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 110.000 Euro für das Alarmierungssystem im Beruflichen Schulzentrum Backnang wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über Mittel der RMIM.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen:

3. Den unter Abschnitt 7 (S. 16 ff.) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2018, u.a. durch die Fachausschüsse, wird zugestimmt

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 11 Enthaltungen:

4. Dem geplanten Straßeninvestitionsprogramm 2018-2021 wird zugestimmt

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

5. Die Lernwerkstatt Welzheimer Wald erhält für 2018 einen Zuschuss in Höhe von 12.000 Euro. Dieser wird mit einem Sperrvermerk versehen und kommt lediglich zur Auszahlung, wenn die Lernwerkstatt Welzheimer Wald keine Fördermittel durch das Land erhält.

Nach kurzer weiterer Beratung wird der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt:

Eingruppierung der Leitung Dezernat 4 + 5 in A16 belassen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

Kreisrat Lenk bittet darum, künftig nicht am Tag der Haushaltsverabschiedung neue Anträge abzugeben, da diese nicht in den Ausschüssen und Fraktionen erörtert werden könnten. Der nachstehende Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird zurückgezogen:

14-3-1= 10 Kw-Stellen mit diesem Vermerk im Stellenplan belassen.

Der nachstehende Antrag der Fraktion der Freien Wähler wird mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen und 47 Nein-Stimmen abgelehnt:

6. a) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 34,6 % festgesetzt und Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,0 Mio. Euro

Der nachstehende Antrag der FDP-FW-Fraktion wird mehrheitlich bei 28 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt:

6 b) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,0 % festgesetzt.

Der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen abgelehnt:

6 c) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,6 % festgesetzt.

Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung bei 5 Enthaltungen:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

6 d) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,4 % festgesetzt.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

7. Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S.582, 698) zuletzt geändert durch das Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. 2017 S. 99) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

1.	Im Ergebnishaushalt mit dem	
1.1.	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	548.432.000 Euro
1.2.	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	549.406.500
	Euro	
1.3.	Ordentliches Ergebnis	
	(Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-974.500 Euro
1.4.	Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
1.5.	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	
	(Saldo aus 1.3 und 1.4) von	-974.500 Euro
1.6.	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro
1.7.	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 Euro
1.8.	Veranschlagtes Sonderergebnis	
	(Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 Euro
1.9.	Veranschlagtes Gesamtergebnis	

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 30

Öffentlich

(Summe aus 1.5 und 1.8) von	-974.500 Euro
2. Im Finanzhaushalt mit dem	
2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	538.414.200 Euro
2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	589.043.600 Euro
2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-50.629.400 Euro
2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	19.170.400 Euro
2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	16.831.500 Euro
2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	2.338.900 Euro
2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-48.290.500 Euro
2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von	23.817.100 Euro
2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Auszahl- ungen für die Tilgung von Krediten) von	10.941.200 Euro
2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüber- schuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	12.875.900 Euro
2.11 Veranschlagte Änderung des	

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 31

Öffentlich

Finanzierungsmittelbestandes,
Saldo des Finanzhaushalts
(Saldo aus 2.7 und 2.10) von -35.414.600 Euro
§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Ablösung von inneren Darlehen aus Mitteln, die für Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien erwirtschaftet wurden, (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 23.817.100 Euro
davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf 18.161.600 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 15.311.000 Euro
§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis-
kasse auf 55.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 35,4 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Der Kreistag beschließt einstimmig:

8. Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt 8. aufgeführten Änderungen (siehe S. 21 f.) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 32

Öffentlich

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

9. Der Stellenplan wird einschließlich der unter Abschnitt 9. aufgeführten Änderungen (siehe S. 23) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

10. Im Jahr 2018 wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 5.696.000 Euro und am Standort Winnenden mit 10.459.000 Euro zugestimmt.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass der in der heutigen Sitzung eingebrachte, nachstehende Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur weiteren Behandlung entgegengenommen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf von Finanzierungsleitlinien vorzubereiten und dem Kreistag zur Beratung vorzulegen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 33

Öffentlich

§ 5.1

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Konzept zur Verbesserung des Modal Split zu Gunsten klimafreundlicher Mobilität

Der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt:

Konzept zur Verbesserung des Modal Split zu Gunsten klimafreundlicher Mobilität

Als Baustein des Klimaschutzkonzepts lässt der Rems-Murr-Kreis ein Szenario erstellen, wie man mehr Menschen dazu bringen kann, den ÖPNV zu nutzen oder aufs (E-) Rad umzusteigen.

Zur Zusammenstellung und Bewertung aller

- hier vorhandenen Ansätze (Fahrrad to go, Tourismusbusse, Fliinc, Bürgerbus, 4 E-Bike-Stationen etc.),
- best practical-Beispiele aus anderen Gegenden Europas (Werbemaßnahmen, Tarife, Mobiltätsdrehpunkte, Komforterhöhung, Verkehrsberuhigung etc.)
- und eine Priorisierung der schnell realisierbaren Radschnellwege

kann externe Hilfe beauftragt werden.

Ziel ist die Vorstellung der Ergebnisse im UVA im Juli 2018, bereits im UVA im April 2018 soll über den aktuellen Stand informiert werden.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 34

Öffentlich

§ 5.2

1. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 1,17 Mio. Euro für Straßenbaumaßnahmen und zum Radwegebau (bei den Aufträgen I54209991 und I54209981)

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

1. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 1,17 Mio. Euro für Straßenbaumaßnahmen und zum Radwegebau (bei den Aufträgen I54209991 und I54209981) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über die Rückzahlung in 2017 des Verbands Region Stuttgart.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 35

Öffentlich

§ 5.3

2. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 110.000 Euro für das Alarmierungs-system im Beruflichen Schulzentrum Backnang

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

2. Der überplanmäßigen Auszahlung 2017 in Höhe von 110.000 Euro für das Alarmierungs-system im Beruflichen Schulzentrum Backnang wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über Mittel der RMIM.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 36

Öffentlich

§ 5.4

3. Den unter Abschnitt 7 (S. 16 ff.) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2018, u.a. durch die Fachausschüsse

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen:

3. Den unter Abschnitt 7 (S. 16 ff.) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2018, u.a. durch die Fachausschüsse, wird zugestimmt

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 37

Öffentlich

§ 5.5

Straßeninvestitionsprogramm 2018-2021

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 11 Enthaltungen:

4. Dem geplanten Straßeninvestitionsprogramm 2018-2021 wird zugestimmt

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 38

Öffentlich

§ 5.6

Zuschuss für die Lernwerkstatt Welzheimer Wald

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

5. Die Lernwerkstatt Welzheimer Wald erhält für 2018 einen Zuschuss in Höhe von 12.000 Euro. Dieser wird mit einem Sperrvermerk versehen und kommt lediglich zur Auszahlung, wenn die Lernwerkstatt Welzheimer Wald keine Fördermittel durch das Land erhält.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 39

Öffentlich

§ 5.7

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Eingruppierung der Leitung Dezernat 4 + 5 in A16 belassen.

Nach kurzer weiterer Beratung wird der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt:

Eingruppierung der Leitung Dezernat 4 + 5 in A16 belassen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 40

Öffentlich

§ 5.8

Antrag von Bündnis90/Die Grünen - 14-3-1= 10 Kw-Stellen mit diesem Vermerk im Stellenplan belassen.

Kreisrat Lenk bittet darum, künftig nicht am Tag der Haushaltsverabschiedung neue Anträge abzugeben, da diese nicht in den Ausschüssen und Fraktionen erörtert werden könnten. Der nachstehende Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird zurückgezogen:

14-3-1= 10 Kw-Stellen mit diesem Vermerk im Stellenplan belassen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 41

Öffentlich

§ 5.9

Antrag der Fraktion der Freien Wähler - 6.a) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 34,6 % festgesetzt und Erhöhung der Grunderwerb-steuer um 1,0 Mio. Euro

Der nachstehende Antrag der Fraktion der Freien Wähler wird mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen und 47 Nein-Stimmen abgelehnt:

6. a) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 34,6 % festgesetzt und Erhöhung der Grunderwerb-steuer um 1,0 Mio. Euro

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 42

Öffentlich

§ 5.10

Antrag der FDP-FW-Fraktion- 6b) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,0 % festgesetzt.

Der nachstehende Antrag der FDP-FW-Fraktion wird mehrheitlich bei 28 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt:

6 b) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,0 % festgesetzt.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 43

Öffentlich

§ 5.11

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - 6 c) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35.6 % festgesetzt.

Der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen abgelehnt:

6 c) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,6 % festgesetzt.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 44

Öffentlich

§ 5.12

Beschlussvorschlag der Verwaltung - 6 d) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,4 % festgesetzt

Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung bei 5 Enthaltungen:

6 d) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 35,4 % festgesetzt.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 45

Öffentlich

§ 5.13

7. Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2018

Der Kreistag beschließt einstimmig:

7. Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S.582, 698) zuletzt geändert durch das Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. 2017 S. 99) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

1. Im Ergebnishaushalt mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	548.432.000
---	-------------

Euro

Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	549.406.500
--	-------------

Euro

Ordentliches Ergebnis

(Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-974.500 Euro
-----------------------------	---------------

Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
--	--------

Veranschlagtes ordentliches Ergebnis

(Saldo aus 1.3 und 1.4) von	-974.500 Euro
-----------------------------	---------------

Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro
--	--------

Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 Euro
---	--------

Veranschlagtes Sonderergebnis

(Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 Euro
-----------------------------	--------

Veranschlagtes Gesamtergebnis

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 46

Öffentlich

(Summe aus 1.5 und 1.8) von -974.500 Euro

2. Im Finanzhaushalt mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	538.414.200 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	589.043.600 Euro
Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-50.629.400 Euro

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 47

Öffentlich

Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus Investitionstätigkeit von 19.170.400 Euro

Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Investitionstätigkeit von 16.831.500 Euro

2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf aus Investitionstätigkeit
(Saldo aus 2.4 und 2.5) von 2.338.900 Euro

Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) -48.290.500 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit
(Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von 23.817.100 Euro

Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Finanzierungstätigkeit (Auszahl-
ungen für die Tilgung von Krediten) von 10.941.200 Euro

Veranschlagter Finanzierungsmittelüber-
schuss aus Finanzierungstätigkeit
(Saldo aus 2.8 und 2.9) von 12.875.900 Euro

2.11 Veranschlagte Änderung des
Finanzierungsmittelbestandes,
Saldo des Finanzhaushalts
(Saldo aus 2.7 und 2.10) von -35.414.600 Euro

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 48

Öffentlich

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Ablösung von inneren Darlehen aus Mitteln, die für Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien erwirtschaftet wurden, (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 23.817.100 Euro
davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf 18.161.600 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 15.311.000 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis-kasse auf 55.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 35,4 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 49

Öffentlich

§ 5.14

8. Finanzplanung

Der Kreistag beschließt einstimmig:

8. Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt 8. aufgeführten Änderungen (siehe S. 21 f.) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 50

Öffentlich

§ 5.15

9. Stellenplan 2018

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

9. Der Stellenplan wird einschließlich der unter Abschnitt 9. aufgeführten Änderungen (siehe S. 23) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 51

Öffentlich

§ 5.16

Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf

Der Kreistag beschließt einstimmig:

10. Im Jahr 2018 wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 5.696.000 Euro und am Standort Winnenden mit 10.459.000 Euro zugestimmt.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 52

Öffentlich

§ 5.17

Entwurf von Finanzierungsleitlinien

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass der in der heutigen Sitzung eingebrachte, nachstehende Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur weiteren Behandlung entgegengenommen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf von Finanzierungsleitlinien vorzubereiten und dem Kreistag zur Beratung vorzulegen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 53

Öffentlich

§ 5.18

11. Haushaltssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ für das Haushaltsjahr 2018

Der Kreistag/Ausschuss beschließt einstimmig:

11. Haushaltssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, 698) i.V. mit § 5 der Stiftungssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ in der Fassung vom 15.09.2014 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je

im Verwaltungshaushalt 26.700 Euro

im Vermögenshaushalt 8.600 Euro

dem Gesamtbetrag der vorgesehenen

Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen)

in Höhe von 0 Euro

dem Gesamtbetrag der Verpflichtungser-

mächtigungen in Höhe von 0 Euro

§ 2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf – 0 Euro – festgesetzt.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 54

Öffentlich

Auszüge:

4 Amt für Finanzen

1 Haupt- und Personalamt

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 55

Öffentlich

§ 6

Feststellung des Jahresabschlusses des Rems-Murr-Kreises 2016 einschließlich Schlussbericht Drucksache 2017/108

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2016 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Drucksache 2017/178 (bereits übersandt) ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Die im Rechenschaftsbericht 2016 unter 6.3 (S. 156 f.) dargestellten abgerechneten Hochbaumaßnahmen (BSZ Waiblingen, BSZ Schorndorf, BSZ Backnang, KSZ Murrhardt und Christian-Morgenstern-Schule) und Straßenbaumaßnahmen (K 1828 Allmersbach am Weinberg, K 1846 Nellmersbach – Erbstetten, K 1836 OD Lippoldweiler, K 1875 Necklinsberg, K 1911 Schwaikheim – Winnenden, K 1916 Schorndorf – Schornbach) werden anerkannt.
3. Vom Schlussbericht 2016 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und Zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.

Auszüge:

4 Amt für Finanzen

1 Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 56

Öffentlich

§ 7

Feststellung der Jahresrechnung der Rems-Murr-Stiftung 2016 einschließlich Schlussbericht Drucksachen 2017/109

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Die Jahresrechnung 2016 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 1) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Vom Schlussbericht 2016 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und Zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.

Auszüge:

4 Amt für Finanzen

1 Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 57

Öffentlich

§ 8

Bestellung von Stellvertretenden Kreisbrandmeistern

Drucksache 2017/179

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Die als neue stellvertretenden Kreisbrandmeister vorgeschlagenen Kommandanten stellen sich dem Kreistag vor.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Der Kreistag bestellt folgende Kommandanten, unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte, für die Zeit vom 01.02.2018 bis zum 31.01.2023 zu Stellvertretern des Kreisbrandmeisters:

1. Herr Daniel K ö n g e t e r, Backnang
2. Herr Jochen W o l f, Waiblingen
3. Herr Stefan S c h u h, Weinstadt

Auszüge:

3 Haupt.- und Personalamt

1 Stabstelle Kreisbrandmeister

1 Dezernat 2

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 58

Öffentlich

§ 9

Nachbesetzung Aufsichtsratsmandat bei der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/130

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Frau Prof. Angelika Dölker als ordentliches Mitglied (Nachfolge von Herrn Albert Häberle), neu zu bilden.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligung und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 59

Öffentlich

§ 10

Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel beglückwünscht Herrn Geschäftsführer Braune zur Verlängerung seines Vertrages als Geschäftsführer der Kreisbaugruppe. Herr Braune spricht den Mitgliedern des Kreistags seinen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen und die Zusammenarbeit aus.
2. Landrat Dr. Sigel verabschiedet die bisherigen stellvertretenden Kreisbrandmeister Rainer Seeger und Harald Pflüger. Er würdigt deren langjähriges ehrenamtliches Engagement.
3. Herr Kreisrat Härtner bedankt sich bei Herrn Landrat Dr. Sigel für seine Unterstützung bei den gemeinsamen Bemühungen der AWG und der städtischen Klärschlammverwertung Backnang GmbH zur Optimierung der Verwertung von Abwärme aus der Biovergärungsanlage in Backnang-Neuschöntal. Es finden konstruktive Gespräche unter Beteiligung eines sehr fachkundigen Ingenieurbüros statt.
4. Kreisrat Lenk bedankt sich als stellvertretende Vorsitzender des Kreistags namens aller Fraktionen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 60

Öffentlich